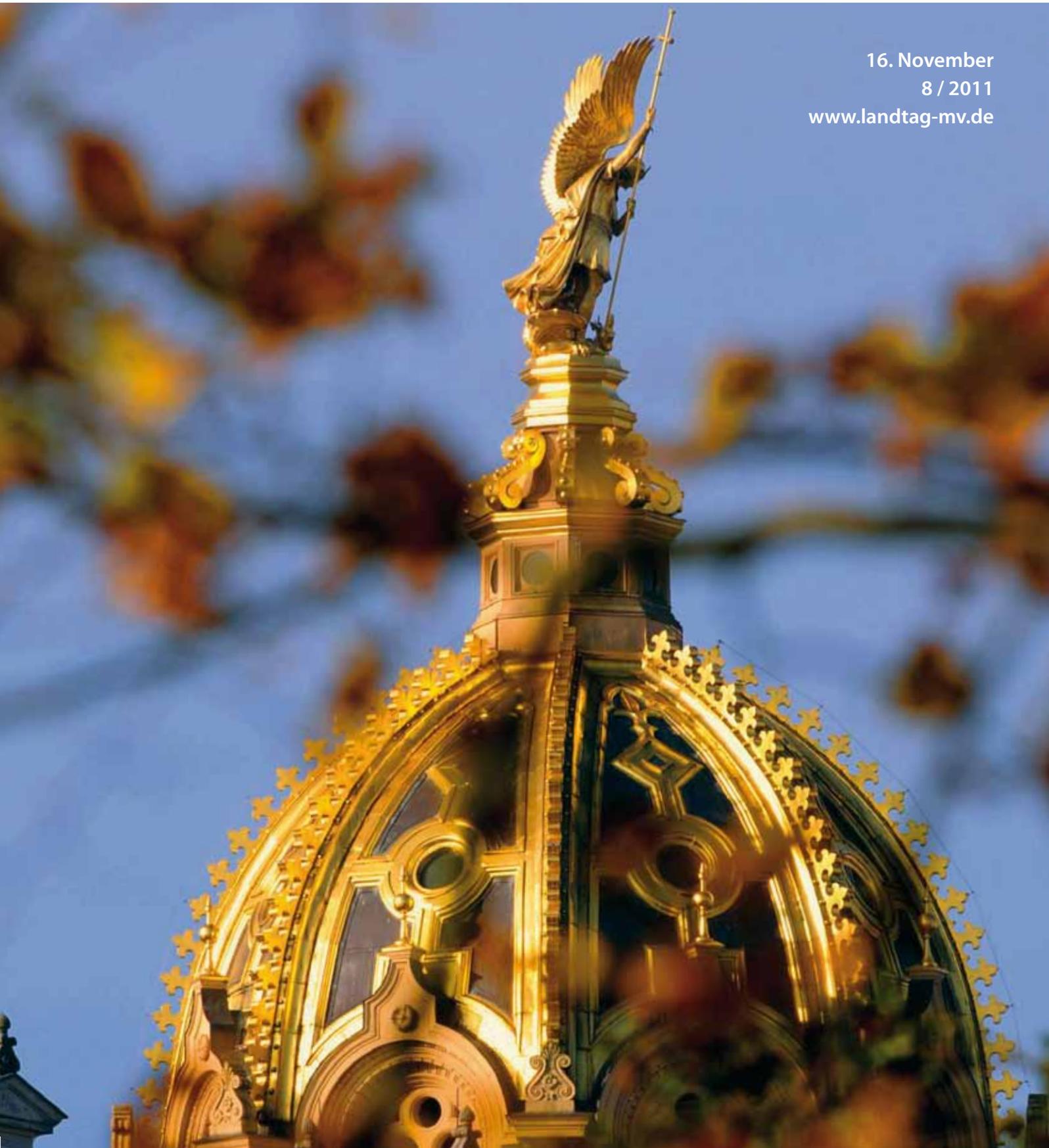


LANDTAGS NACHRICHTEN

16. November

8 / 2011

www.landtag-mv.de



+++ Die neue Landesregierung +++ Wahl des Ministerpräsidenten +++ Die neuen Landesminister +++ Die neuen Fach-
ausschüsse des Landtages +++ Jugendprojekt „jugend hakt nach“ +++ Schlossgeschichten +++ Raumvergabe an
die Fraktionen +++ Der volkstümliche Großherzog Paul Friedrich +++



3	GASTKOLUMNE	„Wo weniger mehr ist“ Kommentar von Bernhard Honnigfort, DuMont-Redaktionsgemeinschaft Berlin
4	DIE LANDESREGIERUNG	Wahl des Ministerpräsidenten
5–8		Ernennung der Minister Die neuen Landesminister im Porträt
9–18	DER NEUE LANDTAG	Die Fachausschüsse
10		Petitionsausschuss
11		Innenausschuss
12		Europa- und Rechtsausschuss
13		Finanzausschuss
14		Wirtschaftsausschuss
15		Agrarausschuss
16		Bildungsausschuss
17		Energieausschuss
18		Sozialausschuss
19–21	JUGEND HAKT NACH	Hat der neue Landtag die Forderungen von „Jugend im Landtag 2010“ auf der Agenda? Zweitägiges Jugendprojekt des Landesjugendrings im Landtag
22–23	SCHLOSSGESCHICHTEN	Raumvergabe an die Fraktionen – NPD scheidet mit Verfassungsklage Dem Getümmel näher gerückt – der volkstümliche Großherzog Paul Friedrich
		Titelfoto (Cornelius Kettler) Prunkkuppel des Schweriner Schlosses

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:
 Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus
 Platzgründen haben wir bei der
 Bezeichnung von Menschengruppen
 manchmal nur die männliche Form
 verwendet. In solchen Fällen ist die
 weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
 geben nicht in jedem Fall die Meinung
 des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich
 geschützt. Nachdruck nur mit schrift-
 licher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können
 kostenlos bezogen werden. Bestel-
 lungen sind an den Herausgeber zu
 richten.

Wo weniger mehr ist

Nach der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern war das Urteil schnell gefällt: Kein „Aufreger“, schrieb eine Zeitung. Auch der Berliner Politikbetrieb hielt nur für einen winzigen Moment inne – dann war die Wahl abgehakt. Es hatte sich ja in Schwerin nichts geändert: Sieger SPD, Junior bleibt die CDU, Linke in der Opposition, FDP raus, Grüne rein. Neonazis leicht gestutzt, aber drin geblieben. In Berlin interessieren nur veränderte Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat. Die Parteien entspannten sich schnell: Die CDU im Nordosten durfte weiter mitregieren, die SPD ersparte sich Ärger, weil sie auf ein Bündnis mit den Linken verzichtete. Und bei den Linken änderte sich auch nichts: Sie streiten sich immer und mit Leidenschaft.

Die neue Regierung? Auch keine „Aufreger“. Fünf zu drei für die SPD, zudem ist Sozialministerin Manuela Schwesig noch einen Kopf größer geworden. Berlin rätselt nur noch, ob die „Außenministerin von M-V“ nach der Bundestagswahl 2013 mit hundert- oder hundertfünfzigprozentiger Sicherheit in die Bundespolitik wechseln wird. Das war es dann. Wobei: All dies ist bei Lichte betrachtet furchtbar unwichtig. Es lenkt ab vom Eigentlichen.

Spannend wie schwierig sind andere Dinge: Es ist das politische Alltagsgeschäft in einem Bundesland, in dem es auf lange Sicht immer weniger gibt: weniger Menschen, weniger Geld. Wahrscheinlich lässt sich im Nordosten am deutlichsten und in größter Klarheit erkennen, womit sich auch andere Länder demnächst verschärft herumschlagen müssen: mit einer Politik des Schrumpfens, der Beschränkung und Konzentration. Neudeutsch: Downgrading, weniger ist mehr.

Politiker sagen hin und wieder, ihr Job sei nicht „vergnügungssteuerpflichtig“. Im Nordosten gilt das schon länger als anderswo. Neben den Bayern und Sachsen, deren Politiker die Nasen immer schon höher trugen, macht Mecklenburg-Vorpommern seit fünf Jahren keine neuen Schulden mehr. Eine anfangs unpopuläre Politik. Mittlerweile – angesichts der Finanzverhältnisse in Griechenland und Italien – kann man mit Sparsamkeit sogar Wahlkampf betreiben.

„ Die wichtigen Dinge kommen ohne Tschingderassabumm daher, die Probleme schleichen sich an wie ein langsam aufziehendes Gewitter. „



Foto: privat

Bernhard Honnigfort, 51 Jahre alt, Korrespondent bei der DuMont-Redaktionsgemeinschaft in Berlin, welche Berliner Zeitung, Frankfurter Rundschau, Kölner Stadt-Anzeiger, Mitteldeutsche Zeitung beliefert

Betrachtet man Politik als eine Folge von „Events“ und als eine Art Prominentenkarussell, sucht man nach „Aufregern“, dann wird man kaum fündig in Mecklenburg-Vorpommern. Es ist der falsche, zu kurze Blick. Die wichtigen Dinge kommen ohne Tschingderassabumm daher, die Probleme schleichen sich an wie ein langsam aufziehendes Gewitter: Ein Land, das so stark Einwohner verliert, wird noch größere Probleme mit der Ärzteversorgung bekommen, mit Bus- und Bahnverkehr. Immer mehr Ältere werden auf Hilfe angewiesen sein.

Ein solches Land, dem trotz tapferen Sparens die Einnahmen schwinden, weil Solidarpakt und EU-Förderung heruntergefahren werden, dessen eigene Steuerkraft schrumpft, ein solches Land muss retten, was noch zu retten ist. Überspitzt gesagt: Wie will man verhindern, dass Mecklenburg-Vorpommern zerfällt in einen florierenden Küsten- und Inselstreifen und dahinter Wiesen, Maisfelder, Biogasanlagen und Windkraftträder bis zur brandenburgischen Landesgrenze? Das ist das politische Geschäft der nächsten Jahre.

Und die Frage ist, ob die kleinen Erfolge der Politik ausreichen werden. Das Land wird bis 2030 ein Zehntel seiner Einwohner verlieren. Es hinkt in fast allen ökonomischen Kennzahlen hinterher: geringe Wirtschaftskraft, höchste Arbeitslosigkeit. Es ist seit Jahren dasselbe, es wird sich auch wenig ändern.

Mecklenburg-Vorpommern hat – das ist ein fast unbegreifliches Versäumnis – deutlich die meisten Schulabbrecher. Woran liegt das? Was nutzt es, wenn man in Schwerin höchst sparsam mit dem Geld umgeht und gleichzeitig junge Menschen scheitern? Auch das ist Verschwendung. Wenn man schon von „Aufregern“ sprechen will – die zu hohe Schulabbrecherquote wäre einer.

Politik im Nordosten wird bleiben, was sie war und ist: ein mühseliges, kleinteiliges, vielleicht auch undankbares Geschäft. Und weitgehend unbeobachtet von Berlin. Was nicht unbedingt ein Nachteil ist.

Bernhard Honnigfort



Am 25. Oktober wählte der Landtag den Sozialdemokraten Erwin Sellering zum Ministerpräsidenten.

Neue Landesregierung steht

Erwin Sellering erneut zum Ministerpräsidenten gewählt

Erwin Sellering steht weiter an der Regierungsspitze Mecklenburg-Vorpommerns. Der Landtag hat den 62-jährigen Sozialdemokraten am 25. Oktober in geheimer Abstimmung und ohne Aussprache erneut zum Ministerpräsidenten des Landes gewählt.

Der gebürtige Westfale führt auch künftig eine Große Koalition aus SPD/CDU an. Einen Tag zuvor hatten die Spitzen beider Parteien die Fortsetzung ihres 2006 geschlossenen Bündnisses besiegelt. Sellering erhielt 42 Ja-Stimmen und damit zwei weniger als die Zahl der anwesenden Abgeordneten im Regierungslager. Er tritt seine erste volle Amtszeit über fünf Jahre an. 2008 hatte er mitten in der Legislaturperiode den langjährigen Regierungschef Dr. Harald Ringstorff abgelöst, der das Amt aus Altersgründen abgab.

Die NPD hatte mit Udo Pastörs einen eigenen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten aufgestellt. Er erhielt sechs Stimmen. Die Fraktion der rechtsextremen Partei hat fünf Abgeordnete.

Vereidigung



Der Ministerpräsident und die Minister leisten bei der Amtsübernahme vor dem Landtag folgenden Eid:

*„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung von Mecklenburg-Vorpommern sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde.
So wahr mir Gott helfe.“*

Der Eid kann mit der religiösen Bekräftigung „So wahr mir Gott helfe“ oder ohne sie geleistet werden. (Artikel 44 Landesverfassung)



Fotos: Uwe Balewski

v.l. Bildungsminister Mathias Brodtkorb, Justizministerin Uta-Maria Kuder, Finanzministerin Heike Polzin, Innenminister und stellv. Ministerpräsident Lorenz Caffier, Wirtschaftsminister Harry Glawe, Ministerpräsident Erwin Sellering, Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus, Sozialministerin Manuela Schwesig, Energieminister Volker Schlotmann

Acht Minister ernannt

Kabinetten gehören zwei neue Mitglieder an

Unmittelbar nach seiner Wiederwahl berief Regierungschef Erwin Sellering die Minister. Im neuen Kabinetten stellt die SPD fünf, die CDU drei Ressortchefs.

Nach ihrer deutlichen Wahlniederlage bei der Landtagswahl, bei der die SPD 35,6 und die CDU 23 Prozent erreicht hatte, trat die Union den Bildungsbereich an die SPD ab.

Neuer Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur ist der Rostocker SPD-Abgeordnete **Mathias Brodtkorb**, der erstmals einem Ministerium vorsteht.

Neu ins Kabinetten rückt auch der langjährige CDU-Parlamentarier **Harry Glawe** als Wirtschaftsminister, dem auch die Bereiche Bau und Tourismus unterstehen.

Für die SPD bleiben **Heike Polzin** (Finanzen), **Manuela Schwesig** (Arbeit/Gleichstellung/Soziales), **Dr. Till Backhaus** (Agrar/Umwelt/Verbraucherschutz) und **Volker Schlotmann** (Energie/Infrastruktur/Landesentwicklung) in ihren Ämtern. Für die CDU gehören **Lorenz Caffier** (Inneres) und **Uta-Maria Kuder** (Justiz) weiter dem Kabinetten an. Caffier ist zudem Vize-Regierungschef.

Die Minister legten nach der Ernennung vor dem Parlament den Amtseid ab.



ERWIN SELLERING (SPD)
Ministerpräsident

„Ich sehe drei wichtige Aufgaben für die kommenden Jahre. Wir müssen alles tun, damit Mecklenburg-Vorpommern weiter an Wirtschaftskraft gewinnt, damit Arbeitsplätze gesichert werden und neu entstehen. Dabei gilt: Wer Vollzeit arbeitet, muss von seiner Arbeit auch leben können. Deshalb setzte ich mich in Berlin für einen gesetzlichen Mindestlohn ein. Und hier im Land wollen wir die Vergabe von Landesaufträgen daran knüpfen, dass ein Mindestlohn von 8,50 Euro gezahlt wird.“

Die zweite Aufgabe: weitere Verbesserungen bei der Kinderbetreuung. Unsere Ziele sind da eine Absenkung der Elternbeiträge für Krippenplätze, kleinere Gruppen im Kindergarten und die Ausweitung des kostenlosen Mittagessens.

Und schließlich der dritte Punkt: Wir müssen die sehr solide und sehr erfolgreiche Finanzpolitik der letzten Jahre fortsetzen.“

Der 62-jährige Jurist tritt seine zweite Amtszeit an. Der gebürtige Westfale führte als Spitzenkandidat die SPD zu einem klaren Wahlsieg. Er wurde 1949 in Sprockhövel bei Bochum geboren. Nach seinem Jurastudium war er zunächst als Verwaltungsrichter in Gelsenkirchen tätig. 1994 wechselte er in gleicher Funktion nach Greifswald. 1998 wurde er Abteilungsleiter in der Schweriner Staatskanzlei, zwei Jahre später Justizminister. 2006 übernahm er das Sozialressort und löste 2008 Harald Ringstorff als Regierungschef ab. Seit 2007 ist Sellering Landesvorsitzender der SPD, der er 1994 beigetreten war. Er ist zum zweiten Mal verheiratet und hat aus erster Ehe zwei erwachsene Töchter.

LORENZ CAFFIER (CDU)

Minister für Inneres und Sport, stellvertretender Ministerpräsident



Für mich als Innenminister bleiben natürlich die Themen Sicherheit und Ordnung ein großer Schwerpunkt. Wir haben uns mit der Polizeistrukturereform den Erfordernissen bei der Kriminalitätsbekämpfung angepasst und können jetzt darauf aufbauen. Im kommunalen Bereich stehen wir vor der Aufgabe, die Verwaltung weiter zu modernisieren und die Gemeindestrukturen in unserem Land zukunftsfähig zu machen. Dazu werden wir ein Leitbild ‚Gemeinde der Zukunft‘ erarbeiten, begleitet durch eine Freiwilligkeitsphase bei Gemeindefusionen. Und natürlich werden wir uns weiter um die Finanzausstattung der Kommunen kümmern. Vereinbart wurde bereits, dass die Kreise und Gemeinden vom Land zusätzlich mit insgesamt 150 Millionen Euro unterstützt werden.

Der 56-jährige Ingenieur für Land- und Forsttechnik, der seit 1990 im Landtag sitzt, zählt zu den Nachwuchspolitikern der ersten Stunde. Er war Abgeordneter der ersten frei gewählten Volkskammer und von 1990 an Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Landtag. 2006 übernahm er das Innenressort und setzte in seiner ersten Amtszeit die umstrittene Kreisgebietsreform um. Seit Ende 2009 führt er die Christdemokraten als Landeschef. Der gebürtige Dresdner, der genau an Heiligabend 1954 das Licht der Welt erblickte, war schon zu DDR-Zeiten in die CDU eingetreten. Er lebt heute in Neustrelitz, ist verheiratet und hat vier Kinder.

UTA-MARIA KUDER (CDU)

Justizministerin



Sicherungsverwahrung und Gerichtsstrukturereform sind zwei der wichtigsten Schwerpunkte in dieser Wahlperiode. Für den Vollzug der Sicherungsverwahrung, die zukünftig voraussichtlich Sicherungsunterbringung heißt, muss bis 2013 ein eigenständiges Gesetz erarbeitet werden. Dabei müssen besondere Vorgaben beachtet werden. Zum Beispiel sollen Sicherungsunterbringung und Strafvollzug getrennt und dafür die baulichen sowie die personellen Voraussetzungen geschaffen werden. Bei all unseren Vorhaben werden wir stets die Sicherheit der Bevölkerung fest im Blick haben. Im Hinblick auf die demografische Entwicklung sollen die Gerichtsstandorte der neuen Kreisstruktur angepasst werden. Wir erarbeiten jetzt ein Konzept, das 2013 umgesetzt werden soll.

Die 1957 in Düsseldorf geborene Juristin studierte nach dem Abitur Rechtswissenschaften an der Universität in Köln. In Mecklenburg-Vorpommern war die verheiratete Mutter einer Tochter von 1995 an zunächst auf kommunaler Ebene in Greifswald tätig: als Leiterin verschiedener Ämter und stellvertretende Oberbürgermeisterin. Ihr Amt an der Spitze des Justizministeriums trat sie 2006 an. Damals war sie in der Landespolitik noch unbekannt. Als Ministerin galt eines ihrer Hauptanliegen dem Opferschutz. Seit 2002 ist sie Mitglied der CDU und seit November 2007 stellvertretende Landesvorsitzende. Bei der Kandidatur für das Amt der Landrätin im Großkreis Vorpommern-Greifswald im September unterlag sie der Amtsinhaberin von der Linken.

HEIKE POLZIN (SPD)

Finanzministerin



Die aktuelle Schuldenkrise in Europa beweist: Solide Finanzen sind kein Selbstzweck, sondern Voraussetzung für eine stabile Wirtschaftsordnung. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern unsere erfolgreiche Finanzpolitik fortsetzen. Nur so bleiben wir handlungsfähig und schaffen Spielräume für politische Gestaltung.

Die 55-Jährige hielt nach ihrer Amtsübernahme 2008 haushaltspolitisch Kurs. Mecklenburg-Vorpommern überstand die Finanzkrise weitgehend unbeschadet und musste keine neuen Schulden machen. Die frühere Lehrerin für Deutsch und Kunst, die seit 1998 im Landtag sitzt, wurde 1955 in Wismar geboren und studierte in Greifswald. Zwanzig Jahre lang arbeitete sie als Lehrerin. Von 1992 bis zu ihrem Einzug ins Parlament war sie stellvertretende Schulleiterin in Warin, wo sie heute noch lebt. Bis zur Wende gehörte sie keiner Partei an. 1990 trat sie der SPD bei. Sie ist verheiratet und Mutter zweier Kinder.

Dr. TILL BACKHAUS (SPD)

Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz



„Ich werde dafür eintreten, dass die ländlichen Räume attraktive und lebendige Arbeits- und Lebensorte bleiben. Dafür ist eine wettbewerbsfähige, umwelt- und tierartgerechte Landwirtschaft unverzichtbar. Investitionen, die diese Entwicklung befördern, werde ich aktiv unterstützen. Den natürlichen Reichtum unseres Landes – manifestiert in den unterschiedlichen Schutzgebieten – will ich erhalten und ausbauen. Dabei gilt es stets den Interessensausgleich von Nutzern und Schützern zu wahren. Ich will die Rechte der Verbraucher stärken, durch umfassende Transparenz zum Beispiel in der Kontrolle und Überwachung der Lebensmittelherstellung.“

Der 52-Jährige ist seit 1998 Agrarminister und inzwischen der dienstälteste Landesminister in Deutschland. Bei der Landtagswahl im September fuhr er erneut eines der besten Erststimmen-Ergebnisse ein. Neben der Landwirtschaft verantwortet der in Neuhaus an der Elbe geborene Diplom-Agraringenieur auch die Bereiche Umwelt und Natur. Er hat an der Universität Rostock studiert und danach unter anderem als Abteilungsleiter in einer LPG gearbeitet. Backhaus ist geschieden und Vater einer Tochter. Seit 2006 ist er Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz.

MATHIAS BRODKORB (SPD)

Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur



„Ich setze auf Dialog, und zwar in allen Bereichen des Ministeriums, nach innen und nach außen.“

Im Bereich der Schulen geht es mir vor allem darum, den Lehrerberuf attraktiver zu machen. Integration, Inklusion, Ganztagschulen, Selbstständige Schule – für all diese Aufgaben brauchen wir gut ausgebildete und hoch motivierte Lehrerinnen und Lehrer. Für die Hochschulen stehen der Hochschulbau und die Forschungsförderung im Mittelpunkt, wobei es unser Ziel ist, neben der Forschung in der Breite ganz gezielt herausragende Leistungsträger zu fördern.

In der Kultur steht vor allem eine schnelle Einigung über die künftige Theater- und Orchesterstruktur im Lande an. Darüber müssen wir mit allen Beteiligten reden, um zu verlässlichen Entscheidungen zu kommen.“

Mit 34 Jahren wird Brodkorb jüngster Minister. Schon 2008 war der Philosoph aus Rostock für einen Kabinettsposten im Gespräch. Er gilt als Experte in Bildungsfragen und im Kampf gegen Rechtsextremismus. Der Jungpolitiker ist Mitbegründer der Internet-Plattform «Endstation Rechts». An der Universität Rostock studierte er neben Philosophie auch Altgriechisch. Von 1994 bis 1997 war er Mitglied der PDS. 1997 trat er in die SPD ein und war zwei Jahre lang Landesvorsitzender der Jusos. Seit 2002 ist er Mitglied des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern. Brodkorb lebt mit Partnerin und Tochter in Rostock.

VOLKER SCHLOTMANN (SPD)

Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung



„Ich stehe für Politik mit und für die Menschen – für bezahlbare Energie und bedarfsge- rechten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur.“

Der gelernte Binnenschiffer stand zehn Jahre lang am Steuer der SPD-Fraktion im Landtag. Bis 2008 führte er die Fraktion als Vorsitzender, dann wurde er als Minister ins Verkehrsministerium berufen. Jetzt soll sein Gewicht im Kabinett mit der Übernahme des Be- reiches Energie deutlich wachsen. Der gebürtige Duisburger war nach der Wende als Gewerkschaftsfunktionär nach Mecklenburg- Vorpommern gekommen. Zuvor hatte er unter anderem an der Sozialakademie Dortmund und an der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg studiert. Seit 1994 sitzt er im Landtag. Schlotmann wohnt in einem Dorf am Salzhaff, ist verheiratet und Vater dreier erwachsener Kinder.

MANUELA SCHWESIG (SPD)

Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales



Gute Arbeit für Männer und Frauen, Chancen für unsere Kinder und soziale Sicherheit auch im Alter. Dafür will ich in dieser Legislaturperiode arbeiten.

Die 37-Jährige war 2008 überraschend in das Kabinett berufen worden. Innerhalb eines Jahres stieg sie von der Fraktionsvorsitzenden in der Schweriner SPD-Stadtfraktion bis zur stellvertretenden SPD-Bundesvorsitzenden auf. Seither profilierte sie sich bundesweit als sozialpolitisches Sprachrohr der Sozialdemokraten. Als Landesministerin stärkte sie den Kinderschutz und setzte Verbesserungen bei der Betreuung der Kinder in Tagesstätten durch. Ihre Position wird durch die Zuordnung des Bereiches Arbeit gestärkt. Die in Frankfurt (Oder) geborene Diplom-Finanzwirtin ist verheiratet und Mutter eines Sohnes. Zu ihren Hobbys zählt sie Sport und Kultur.

HARRY GLAWE (CDU)

Minister für Wirtschaft, Bau und Tourismus



Wir werden – ganz konservativ – die erfolgreiche Wirtschaftspolitik der letzten fünf Jahre fortsetzen. Die positive Entwicklung bei der Wirtschaftsleistung, beim Bruttoinlandsprodukt und auf dem Arbeitsmarkt bestätigt unseren Ansatz, auf qualitative Wertschöpfung und Beschäftigung im Land zu setzen.

Mehr Wachstum, mehr Beschäftigung und bessere Einkommen gibt es durch mehr industrielle Wertschöpfung im Land, mehr Innovationsfähigkeit und wissensbasierte Arbeitsplätze. Die Rahmenbedingungen dafür wollen wir weiter verbessern. Mittelstandsförderung, Verbundforschung und Fachkräftesicherung sind dabei wichtige Stichworte.

Der gelernte Diplomkrankenschwäger gilt als die Überraschung im Kabinett. Seit seinem Eintritt in die CDU 1990 hat sich der heute 57-Jährige Schritt für Schritt auf der politischen Leiter nach oben gearbeitet. Er wurde in seinem Heimatort Grimmen Kreistagspräsident und 1994 erstmals in den Landtag gewählt. Dort machte er sich als Sozialpolitiker einen Namen, ehe er 2006 Parlamentarischer Geschäftsführer und 2009 dann Chef der CDU-Fraktion wurde. Bei der Landtagswahl im September erzielte er mit 49,9 Prozent das beste Erststimmen-Ergebnis landesweit. Er ist verheiratet und Vater dreier Kinder. Im Ehrenamt ist Harry Glawe u.a. seit 2008 Vorstandsvorsitzender des DRK-Kreisverbandes Nordvorpommern.



Foto: Uwe Balewski

Der neue Wirtschaftsminister Harry Glawe bei seiner Vereidigung.

Aus der Landesverfassung M-V

Artikel 45 Rechtsstellung der Regierungsmitglieder

(1) Der Ministerpräsident und die Minister stehen in einem besonderen öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis. Die Mitglieder der Landesregierung dürfen kein anderes besoldetes Amt, kein Gewerbe und keinen Beruf ausüben und weder der Leitung noch dem Aufsichtsrat eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens angehören. Der Landtag kann Ausnahmen für die Entsendung in Organe von Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, zulassen.

(2) Im Übrigen werden die Rechtsverhältnisse des Ministerpräsidenten und der Minister durch Gesetz geregelt.

Demokratische Grundwerte verteidigen

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider erklärte zum 9. November:



„Der 9. November ist ein Tag historischer Gegensätze und markiert wohl eines der ereignisreichsten Daten in der Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert.

An diesem Tag haben im Jahr 1989 die Menschen in der DDR die Mauer zum Einsturz gebracht und sich demokratische Teilhabe erkämpft. Dass dies am Jahrestag des Aufrufens der Republik durch Philipp Scheidemann geschah, womit 1918 der monarchistische Obrigkeitsstaat durch die Weimarer Republik abgelöst wurde, soll nicht vergessen werden. Über das vor 22 Jahren an diesem Tag Erreichte freuen wir uns bis heute zu Recht.

Ebenfalls ist jedoch daran zu erinnern, wofür der 9. November auch steht: für menschenfeindliches, feiges und verbrecherisches Tun. Hatten Hitler und dessen Helfershelfer am 9. November 1923 noch daran gehindert werden können, die demokratisch verfasste Republik zu beseitigen und die Macht im Reich zu übernehmen, passierte unter ihrer Gewaltherrschaft 15 Jahre später, was niemals in Vergessenheit geraten darf, wenn an den 9. November gedacht wird. 1938 brannten an diesem Tag in ganz Deutschland Synagogen. Jüdische Geschäfte und Wohnungen wurden geplündert. Jüdische Menschen wurden gedemütigt, geschlagen und ermordet. Der Tag gilt als Symbol für den Beginn organisierten Terrors und staatlicher Verfolgung jüdischer Menschen.

Bei aller Freude, die wir empfinden, wenn wir an den 9. November 1989 und die Öffnung der Mauer denken, darf nicht vergessen werden, wie sehr dieses Datum bei vielen Menschen ganz gegensätzliche Erinnerungen hervorruft. Wenn es eine Lehre zu ziehen gilt aus dem Geschehen an diesem so besonderen Tag der deutschen Geschichte, dann die, dass demokratische Grundwerte zu jeder Zeit verteidigt werden müssen gegen Extremisten. Wohin es führt, wenn Rechts-Extremisten Macht erlangen – insbesondere dies dokumentiert der 9. November.“

Bei aller Freude, die wir empfinden, wenn wir an den 9. November 1989 und die Öffnung der Mauer denken, darf nicht vergessen werden, wie sehr dieses Datum bei vielen Menschen ganz gegensätzliche Erinnerungen hervorruft.

Wenn es eine Lehre zu ziehen gilt aus dem Geschehen an diesem so besonderen Tag der deutschen Geschichte, dann die, dass demokratische Grundwerte zu jeder Zeit verteidigt werden müssen gegen Extremisten. Wohin es führt, wenn Rechts-Extremisten Macht erlangen – insbesondere dies dokumentiert der 9. November.“



Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp gratuliert Petitionsausschuss-Vorsitzendem Manfred Dachner (SPD).

Landtag setzt Fachausschüsse ein

Nach kurzer Debatte hat der Landtag auf seiner Sitzung am 25. Oktober neun ständige Ausschüsse eingesetzt. Den Antrag hatten die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeinsam eingebracht.

Jedem Ausschuss gehören elf Abgeordnete an. Die Mitgliederzahl je Fraktion richtet sich nach dem Wahlergebnis, erläuterte **Heinz Müller** (SPD). Zehn Mandate seien nach dem Höchstzahlverfahren d'Hondt entsprechend dem Kräfteverhältnis im Parlament auf die Fraktionen verteilt worden. Daneben erhalte die Fraktion der NPD ein Grundmandat, weil sie nach dem Höchstzahlverfahren nicht berücksichtigt würde. Damit gehören jedem Fachausschuss je vier Vertreter der Fraktion der SPD an, drei der CDU-Fraktion, zwei Vertreter der Fraktion DIE LINKE und je ein Vertreter der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der NPD-Fraktion.

Stefan Köster (NPD) hält eigenen Worten nach die meisten Ausschüsse für „schlichtweg überflüssig“.

Die Ausschüsse wurden mit den Stimmen aller Fraktionen außer der NPD eingesetzt.

Informationen zu den Ausschüssen lesen Sie auf den folgenden Seiten.

Mandatswechsel bei der CDU-Fraktion



Dr. Stefan Rudolph, CDU, hat am 14. November sein Landtagsmandat niedergelegt, um wie bereits in der vergangenen Wahlperiode als Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus zu arbeiten. Rudolph hatte sich bei der Landtagswahl am 4. September im Wahlkreis 30 Ostvorpommern II um ein Direktmandat

beworben. Mit 31,1 Prozent der Erststimmen hatte er das beste Ergebnis der Direktkandidaten erreicht und war damit direkt in den Landtag gewählt worden.

Das freiwerdende Mandat wird von der Landesliste der CDU neu besetzt. Listennachfolger wäre Egbert Liskow aus Greifswald.



Fotos: Uwe Balewski

v.l. Maika-Friemann Jennert, CDU; Stefanie Drese, SPD; Nils Saemann, SPD; Manfred Dachner, SPD; Heino Schütt, CDU; Barbara Borchardt, DIE LINKE; Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE; Detlef Lindner, CDU; Jutta Gerkan, B'90/DIE GRÜNEN; Tino Müller, NPD. Auf dem Foto fehlt Katharina Feike, SPD.

Petitionsausschuss

Vorsitzender: Manfred Dachner, SPD
 Stellv. Vorsitzende: Barbara Borchardt, DIE LINKE

Aufgabenbereich

Jede Bürgerin, jeder Bürger, auch jedes Kind hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden. Zur Bearbeitung von Bitten, Beschwerden und Vorschlägen von Bürgerinnen und Bürgern setzt der Landtag den Petitionsausschuss ein.

Der Petitionsausschuss kann helfen, wenn eine Zuständigkeit oder rechtliche Einwirkungsmöglichkeit der Landesregierung oder von Trägern öffentlicher Verwaltung des Landes gegeben ist. Eingaben, für deren Bearbeitung der Petitionsausschuss nicht zuständig ist, leitet er unverzüglich an die zuständige Stelle weiter.

Aus verfassungsrechtlichen Gründen kann der Petitionsausschuss gerichtliche Entscheidungen weder beeinflussen noch abändern oder aufheben. Auch in privatrechtlichen Auseinandersetzungen – beispielsweise im Nachbarrecht – kann der Petitionsausschuss nicht tätig werden.

Ausschuss-Sekretariat:

Martina Schlamp
 Tel. 0385 / 525-1510
 Fax 0385 / 525-1515

	Ordentliche Mitglieder	Stellv. Mitglieder
SPD	Manfred Dachner Stefanie Drese Katharina Feike Nils Saemann	Ingulf Donig Heinz Müller Jochen Schulte Thomas Schwarz
CDU	Maika Friemann-Jennert Detlef Lindner Heino Schütt	Dietmar Eifler Burkhard Lenz Beate Schlupp
DIE LINKE	Jacqueline Bernhardt Barbara Borchardt	Simone Oldenburg Karen Stramm
B' 90/DIE GRÜNEN	Jutta Gerkan	Ulrike Berger Silke Gajek Johann-Georg Jaeger Dr. Ursula Karlowski Johannes Saalfeld Jürgen Suhr
NPD	Tino Müller	Michael Andrejewski Stefan Köster Udo Pastörs David Petereit



Ausschussvorsitzender Manfred Dachner, SPD



Bei der Konstituierung des Ausschusses am 2. November 2011



v.l. oben: Manfred Dachner, Ralf Mucha, Heinz Müller, Martina Tegtmeier (alle SPD); Marc Reinhardt, Wolf-Dieter Ringguth Michael Silkeit (alle CDU); Peter Ritter, Jeannine Rösler (beide DIE LINKE); Johannes Saalfeld (B'90/DIE GRÜNEN); Michael Andrejewski (NPD)

Innenausschuss

Vorsitzender: Marc Reinhardt, CDU
 Stellv. Vorsitzende: Martina Tegtmeier, SPD

Aufgabenfelder

Der Innenausschuss ist zuständig für kommunale Angelegenheiten, Grundsatzangelegenheiten des Beamtenrechts, Wahlrecht, Pass-, Personalausweis- und Melderecht, Personenstandswesen, Datenschutzrecht, Versammlungs- und Waffenrecht, Recht der Wappen- und Siegelführung, Glücksspielrecht, Geoinformation, Vermessungs- und Katasterwesen, Sport, Aufenthalts-, Zuwanderungs-, Flüchtlings- und Asylverfahrensrecht, Brand- und Katastrophenschutz, Strahlenschutz, Verfassungsschutz, Medienrecht, zivilmilitärische Zusammenarbeit.

Der Innenausschuss kontrolliert, begleitet und unterstützt als korrespondierender Fachausschuss die Regierungstätigkeit des Ministeriums für Inneres und Sport.

Ausschuss-Sekretariat:

Kathrin Herrmann
 Tel. 0385 / 525-1520
 Fax 0385 / 525-1525
 innenausschuss@landtag-mv.de



Ausschussvorsitzender Marc Reinhardt, CDU

	Ordentliche Mitglieder	Stellv. Mitglieder
SPD	Manfred Dachner Ralf Mucha Heinz Müller Martina Tegtmeier	Rudolf Borchert Katharina Feike Tilo Gundlack Dr. Norbert Nieszery
CDU	Marc Reinhardt Wolf-Dieter Ringguth Michael Silkeit	Dietmar Eifler Burkhard Lenz Detlef Lindner Torsten Renz Heino Schütt Wolfgang Waldmüller
DIE LINKE	Peter Ritter Jeannine Rösler	Dr. Hikmat Al-Sabty Jacqueline Bernhardt
B' 90/DIE GRÜNEN	Johannes Saalfeld	Ulrike Berger Silke Gajek Jutta Gerkan Johann-Georg Jaeger Dr. Ursula Karlowski Jürgen Suhr
NPD	Michael Andrejewski	Stefan Köster Tino Müller Udo Pastörs David Petereit



Fotos: Uwe Balewski

v.l. Andreas Texter, CDU; Michael Silkeit, CDU; Detlef Müller, SPD; Barbara Borchardt, DIE LINKE; Rudolf Borchert, SPD; Jürgen Suhr, B'90/DIE GRÜNEN; Stefanie Drese, SPD; Dr. André Brie, DIE LINKE; Nils Saemann, SPD. Auf dem Foto fehlen Michael Andrejewski, NPD, und Burkhard Lenz, CDU.



Ausschussvorsitzender Detlef Müller, SPD

Europa- und Rechtsausschuss

Ausschuss für Europa- und Bundesangelegenheiten, Justiz, Verfassung, Geschäftsordnung, Wahlprüfung und Immunitätsangelegenheiten

Vorsitzender: Detlef Müller, SPD
Stellv. Vorsitzende: Stefanie Drese, SPD

Aufgabenfelder

Der Europa- und Rechtsausschuss ist zuständig für Europa- und Bundesangelegenheiten, das Justizwesen im Lande, die Verfassung, die Geschäftsordnung, für die Wahlprüfung und für Immunitätsangelegenheiten.

Als Fachausschuss kontrolliert er die Regierungstätigkeit der Staatskanzlei im Hinblick auf die europapolitischen Aktivitäten des Landes und des Justizministeriums im Hinblick auf das Justizwesen einschließlich der Juristenausbildung, den Justizvollzug, die Sozialen Dienste, das Gnadenwesen, Verfassung und Recht sowie Kirchenangelegenheiten.

Die Ausschussmitglieder sind zugleich Mitglieder des besonderen Ausschusses im Sinne der Landesverfassung, dem die Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Landesverfassungsgerichts obliegt.

Ausschuss-Sekretariat:

Georg Strätker
Tel. 0385 / 525-1530
Fax 0385 / 525-1535
europaausschuss@landtag-mv.de

	Ordentliche Mitglieder	Stellv. Mitglieder
SPD	Rudolf Borchert Stefanie Drese Detlef Müller Nils Saemann	Thomas Krüger Heinz Müller Dr. Norbert Nieszery Jochen Schulte
CDU	Burkhard Lenz Michael Silkeit Andreas Texter	Detlef Lindner Wolf-Dieter Ringguth Beate Schlupp Bernd Schubert
DIE LINKE	Barbara Borchardt Dr. André Brie	Peter Ritter Karen Stramm
B' 90/DIE GRÜNEN	Jürgen Suhr	Ulrike Berger Silke Gajek Jutta Gerkan Johann-Georg Jaeger Dr. Ursula Karlowski Johannes Saalfeld
NPD	Michael Andrejewski	Stefan Köster Tino Müller Udo Pastörs David Petereit

Fotos: Uwe Balewski



v.l. Jeannine Rösler, DIE LINKE; Johannes Saalfeld, B'90/DIE GRÜNEN; Dietmar Eifler, CDU; Torsten Koplin, DIE LINKE; Torsten Renz, CDU; Beate Schlupp, CDU; Tilo Gundlack, SPD; Thomas Krüger, SPD; Dr. Norbert Nieszery, SPD; Thomas Schwarz, SPD. Auf dem Foto fehlt Udo Pastörs, NPd.



Ausschussvorsitzender Torsten Koplin, DIE LINKE



Konstituierung des Finanzausschusses am 2. November 2011

Finanzausschuss

Vorsitzender: Torsten Koplin, DIE LINKE
Stellv. Vorsitzender: Tilo Gundlack, SPD

Aufgabenfelder

Zu den vorrangigen Aufgaben des Finanzausschusses gehört die Beratung des Landshaushaltes. Der Landshaushalt wiederum ist die Grundlage für die Staatstätigkeit des Landes im jeweiligen Haushaltsjahr, die der Finanzausschuss im Rahmen der parlamentarischen Haushaltskontrolle mit Hilfe von Zustimmungsvorbehalten und verschiedenen Informationsrechten begleitet.

Themenschwerpunkte der Arbeit des Finanzausschusses sind
das Haushaltsrecht
die Haushaltssystematik
die Haushaltskontrolle
die Steuern und Abgaben
das Staatsvermögen und die Staatsschulden
die Personalausgaben und die Stellenplanangelegenheiten

Als Fachgremium des Landtages kontrolliert der Finanzausschuss die Tätigkeit der Landesregierung.

	Ordentliche Mitglieder	Stellv. Mitglieder
SPD	Tilo Gundlack Thomas Krüger Dr. Norbert Nieszery Thomas Schwarz	Rainer Albrecht Andreas Butzki Jochen Schulte Martina Tegtmeier
CDU	Dietmar Eifler Torsten Renz Beate Schlupp	Detlef Lindner Marc Reinhardt Michael Silkeit Wolfgang Waldmüller
DIE LINKE	Torsten Koplin Jeannine Rösler	Helmut Holter Dr. Mignon Schwenke
B' 90/DIE GRÜNEN	Johannes Saalfeld	Ulrike Berger Silke Gajek Jutta Gerkan Johann-Georg Jaeger Dr. Ursula Karlowski Jürgen Suhr
NPD	Udo Pastörs	Michael Andrejewski Stefan Köster Tino Müller David Petereit

Ausschuss-Sekretariat:

Paula Frohriep
Tel. 0385 / 525-1540, Fax 0385 / 525-1545
finanzausschuss@landtag-mv.de



Fotos: Uwe Balewski

v.l. Udo Pastörs, NPD; Burkhard Lenz, CDU (stellv. Mitglied); Wolfgang Waldmüller, CDU; Dietmar Eifler, CDU; Thomas Schwarz, SPD; Regine Lück, DIE LINKE; Helmut Holter, DIE LINKE; Rainer Albrecht, SPD; Jochen Schulte, SPD; Detlef Müller, SPD; Jutta Gerkan, B'90/DIE GRÜNEN. Auf dem Foto fehlt Bernd Schubert, CDU.



Ausschussvorsitzender Dietmar Eifler, CDU

Wirtschafts- ausschuss

Ausschuss für Wirtschaft, Bau und Tourismus

Vorsitzender: Dietmar Eifler, CDU
Stellv. Vorsitzender: Rainer Albrecht, SPD

Aufgabenfelder

Der Ausschuss für Wirtschaft, Bau und Tourismus beschäftigt sich u. a. mit den Themen:
Wirtschafts- und Strukturpolitik
Unternehmensansiedlungen und -erweiterungen
Existenzgründungen
Handwerk
Handel
Freie Berufe
Dienstleistungen
Tourismus
Technologie
Abfallwirtschaft
Immissionsschutz

Als Fachgremium des Landtages Mecklenburg-Vorpommern kontrolliert er die Regierungstätigkeit des Wirtschaftsministeriums des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Ausschuss-Sekretariat:

Knud Winkelmann
Tel. 0385 / 525-1550
Fax 0385 / 525-1555
wirtschaftsausschuss@landtag-mv.de

	Ordentliche Mitglieder	Stellv. Mitglieder
SPD	Rainer Albrecht Detlef Müller Jochen Schulte Thomas Schwarz	Andreas Butzki Ingulf Donig Katharina Feike Nils Saemann
CDU	Dietmar Eifler Bernd Schubert Wolfgang Waldmüller	Maika Friemann-Jennert Burkhard Lenz Detlef Lindner Marc Reinhardt Heino Schütt Michael Silkeit
DIE LINKE	Helmut Holter Regine Lück	Henning Foerster Jeannine Rösler
B' 90/DIE GRÜNEN	Jutta Gerkan	Ulrike Berger Silke Gajek Johann-Georg Jaeger Dr. Ursula Karlowski Johannes Saalfeld Jürgen Suhr
NPD	Udo Pastörs	Michael Andrejewski Stefan Köster Tino Müller David Peterreit

Fotos: Ulve Balewski



v.l. Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE; Stefanie Drese, SPD; Stefan Köster (NPD); Nils Saemann, SPD; Thomas Krüger, SPD; Beate Schlupp, CDU; Dr. Ursula Karlowski, B'90/DIE GRÜNEN; Prof. Dr. Fritz Tack, DIE LINKE; Burkhard Lenz, CDU; Heino Schütt, CDU. Auf dem Foto fehlt Katharina Feike, SPD.

Agrarausschuss

Ausschuss für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz

Vorsitzender: Prof. Dr. Fritz Tack, DIE LINKE
 Stellv. Vorsitzende: Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Aufgabenfelder

- Landwirtschaftliche Produktion
- Forst und Jagd
- Ernährungswirtschaft und Verbraucherschutz
- Fischerei
- Entwicklung ländlicher Räume
- Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union
- Umwelt-, Arten- und Biotopschutz
- Netzwerk Natura-2000 Landschaftspflege
- Wasserwirtschaft
- Abwasserbehandlung
- Meeresumweltschutz

Als Fachgremium des Landtages Mecklenburg-Vorpommern kontrolliert er die Regierungstätigkeit des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Ausschuss-Sekretariat:

Dr. Wolfgang Röhl
 Tel. 0385 / 525-1560
 Fax 0385 / 525-1565
 agrarausschuss@landtag-mv.de



Ausschussvorsitzender Prof. Dr. Fritz Tack, DIE LINKE



Bei der Konstituierung am 2. November 2011

	Ordentliche Mitglieder	Stellv. Mitglieder
SPD	Stefanie Drese Katharina Feike Thomas Krüger Nils Saemann	Rudolf Borchert Jörg Heydorn Detlef Müller Heinz Müller
CDU	Burkhard Lenz Beate Schlupp Heino Schütt	Dietmar Eifler Vincent Kokert Marc Reinhardt Andreas Texter
DIE LINKE	Dr. Mignon Schwenke Prof. Dr. Fritz Tack	Dr. Hikmat Al-Sabty Dr. André Brie
B' 90/DIE GRÜNEN	Dr. Ursula Karlowski	Ulrike Berger Silke Gajek Jutta Gerkan Johann-Georg Jaeger Johannes Saalfeld Jürgen Suhr
NPD	Stefan Köster	Michael Andrejewski Tino Müller Udo Pastörs David Petereit



Fotos: Uwe Balewski

v.l. Ulrike Berger, B'90/DIE GRÜNEN; Michael Silkeit, CDU; Simone Oldenburg, DIE LINKE; Marc Reinhardt, CDU; Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE; Torsten Renz, CDU; Dr. Margret Seemann, SPD; Tilo Gundlack, SPD; Ingulf Donig, SPD; David Petereit, NPD. Auf dem Foto fehlt Andreas Butzki, SPD.

Bildungsausschuss

Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Vorsitzende: Ulrike Berger, B' 90/DIE GRÜNEN
Stellv. Vorsitzender: Torsten Renz, CDU

Aufgabenfelder

Als Fachgremium des Landtages kontrolliert der Ausschuss die Regierungstätigkeit des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Der Bildungsausschuss beschäftigt sich mit den Themen:
Allgemeinbildende Schulen (Schulgestaltung, Schulaufsicht und Schulentwicklung)
Berufliche Schulen und Erwachsenenbildung
Wissenschaft und Forschung
Hochschulen
Kultur
Landeszentrale für politische Bildung
Landesbeauftragte für die Unterlagen der Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Ausschuss-Sekretariat:

Christa Linke
Tel. 0385 / 525-1570
Fax 0385 / 525-1575
bildungsausschuss@landtag-mv.de

	Ordentliche Mitglieder	Stellv. Mitglieder
SPD	Andreas Butzki Ingulf Donig Tilo Gundlack Dr. Margret Seemann	Julian Barlen Ralf Mucha Detlef Müller Dr. Norbert Nieszery
CDU	Marc Reinhardt Torsten Renz Michael Silkeit	Dietmar Eilfer Maika Friemann-Jennert Wolf-Dieter Ringguth Jürgen Seidel
DIE LINKE	Simone Oldenburg Dr. Hikmat Al-Sabty	Torsten Koplín Prof. Dr. Fritz Tack
B' 90/DIE GRÜNEN	Ulrike Berger	Silke Gajek Jutta Gerkan Johann-Georg Jaeger Dr. Ursula Karlowski Johannes Saalfeld Jürgen Suhr
NPD	David Petereit	Michael Andrejewski Stefan Köster Tino Müller Udo Pastörs



Ausschussvorsitzende Ulrike Berger, B'90/DIE GRÜNEN



Bei der Konstituierung am 2. November 2011

Fotos: Ulve Balewski



v.l. David Petereit, NPD; Ingulf Donig, SPD; Jürgen Seidel, CDU; Jochen Schulte, SPD; Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE; Rudolf Borchert, SPD; Johann-Georg Jaeger, B'90/DIE GRÜNEN; Rainer Albrecht, SPD; Prof. Dr. Fritz Tack, DIE LINKE; Dietmar Eifler, CDU; Wolfgang Waldmüller, CDU.



Ausschussvorsitzender Rudolf Borchert, SPD



Bei der Konstituierung am 2. November 2011

Energieausschuss

Ausschuss für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung

Vorsitzender: Rudolf Borchert, SPD
Stellv. Vorsitzender: Jürgen Seidel, CDU

Aufgabenfelder

Der Energieausschuss kontrolliert, begleitet und unterstützt als korrespondierender Fachausschuss die Regierungstätigkeit des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung. Wesentliche Inhalte seiner Arbeit konzentrieren sich auf eine zukunftsweisende Energiepolitik, die Planung sowie auf die Umsetzung zentraler und überörtlicher Infrastrukturmaßnahmen an Land und in den Küstengewässern.

Das Aufgabenspektrum des Energieausschusses umfasst die Bereiche:

- Energie
- Infrastruktur
- Verkehr
- Landesentwicklung

	Ordentliche Mitglieder	Stellv. Mitglieder
SPD	Rainer Albrecht Rudolf Borchert Ingulf Donig Jochen Schulte	Andreas Butzki Tilo Gundlack Dr. Norbert Nieszery Dr. Margret Seemann
CDU	Dietmar Eifler Jürgen Seidel Wolfgang Waldmüller	Burkhard Lenz Marc Reinhardt Torsten Renz Beate Schlupp
DIE LINKE	Dr. Mignon Schwenke Prof. Dr. Fritz Tack	Henning Foerster Regine Lück
B' 90/DIE GRÜNEN	Johann-Georg Jaeger	Ulrike Berger Silke Gajek Jutta Gerkan Dr. Ursula Karlowski Johannes Saalfeld Jürgen Suhr
NPD	David Petereit	Michael Andrejewski Stefan Köster Tino Müller Udo Pastörs

Ausschuss-Sekretariat:

Gerald Gutzeit
Tel. 0385 / 525-1580, Fax 0385 / 525-1585
energieausschuss@landtag-mv.de



Fotos: Uwe Balewski

v.l. Stefan Köster, NPD; Torsten Renz, CDU; Bernd Schubert, CDU; Ralf Mucha, SPD; Silke Gajek, B'90/DIE GRÜNEN; Jörg Heydorn, SPD; Martina Tegtmeier, SPD; Henning Foerster, DIE LINKE; Karen Stramm, DIE LINKE; Detlef Lindner, CDU; Julian Barlen, SPD.



Ausschussvorsitzende Martina Tegtmeier, SPD



Bei der Konstituierung des Ausschusses am 2. November 2011

	Ordentliche Mitglieder	Stellv. Mitglieder
SPD	Julian Barlen Jörg Heydorn Ralf Mucha Martina Tegtmeier	Stefanie Drese Katharina Feike Tilo Gundlack
CDU	Detlef Lindner Torsten Renz Bernd Schubert	Maika Friemann-Jennert Beate Schlupp Heino Schütt Andreas Texter
DIE LINKE	Henning Foerster Karen Stramm	Jacqueline Bernhardt Torsten Koplin
B' 90/DIE GRÜNEN	Silke Gajek	Ulrike Berger Jutta Gerkan Johann-Georg Jaeger Dr. Ursula Karlowski Johannes Saalfeld Jürgen Suhr
NPD	Stefan Köster	Michael Andrejewski Tino Müller Udo Pastörs David Peterreit

Ausschuss-Sekretariat:

Werner Lang
Tel. 0385 – 525-1590, Fax. 0385 / 525-1595
sozialausschuss@landtag-mv.de

Sozialausschuss

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Gleichstellung und Soziales

Vorsitzende: Martina Tegtmeier, SPD
Stellv. Vorsitzende: Karen Stramm, DIE LINKE

Aufgabenfelder

- Der Sozialausschuss beschäftigt sich mit den Themen:
- Arbeit
 - Gleichstellung
 - Gesundheit
 - Soziales
 - Familie
 - Senioren
 - Jugend
 - Arbeitsschutz und technische Sicherheit

Als Fachgremium des Landtages Mecklenburg-Vorpommern kontrolliert er die Regierungstätigkeit des Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales.



Jugendliche und Abgeordnete diskutierten über ein jugendgerechtes Mecklenburg-Vorpommern

Jugend hakt nach

Hat der neue Landtag die Forderungen von „Jugend im Landtag 2010“ auf der Agenda?

Die Hälfte der rund 40 jungen Leute, die sich am 27. Oktober im Plenarsaal des Landtages versammelt haben, war exakt vor einem Jahr schon einmal hier – zu „Jugend im Landtag 2010“. Am Ende des damaligen Projektes hatten sie ihre Forderungen und Vorschläge für ein jugendgerechtes Mecklenburg-Vorpommern an die Landtagsabgeordneten übergeben. Inzwischen wurde ein neuer Landtag gewählt, 35 Abgeordnete sind neu dabei. Anlass für die Jugendlichen nachzuhaken: Was ist aus den Forderungen geworden? Finden sie sich in den Vorhaben der Fraktionen und der neuen Landesregierung wieder? Kennen die neuen Abgeordneten überhaupt die Forderungen von JiL 2010? Gibt es neue Ideen?

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider lobte die Jugendlichen für ihre Hartnäckigkeit. „Ich finde es toll, dass ihr dranbleibt an euren Forderungen und uns Politiker in die Pflicht nehmt“, sagte sie zur Eröffnung von „Jugend hakt nach“ am 27. Oktober im Plenarsaal. Dass das Engagement nicht umsonst sei, beweise nicht zuletzt der Koalitionsvertrag, betonte sie. Darin sei eine Reihe von JiL-Forderungen eingeflossen. Beispielsweise finde sich die Forderung nach einer gerechteren Bezahlung in der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes wieder. Eine zukunftsfähige, umweltgerechte Energiepolitik – ebenfalls eine JiL-Forderung – sei ein weiteres wichtiges Ziel der Landespolitik. Sogar die Veranstaltung „Jugend im Landtag“ habe es in den Koalitionsvertrag geschafft, sagte Sylvia Bretschneider unter dem Beifall der Jugendlichen. Auch künftig werde dieses offene Jugendforum auf Landesebene stattfinden und ideell und finanziell durch die Landespolitik unterstützt. Wie ernst es der Landtag mit



Fotos: Landesjugendring, Jens Bartsch, Landtag

Meinungen

Es fühlt sich gut an, einmal mit den Politikern sprechen zu können. **Nele Hameister**

Die Ideen der Jugendlichen gehen in den politischen Diskussionsprozess ein. Entweder sie unterstützen einen bei den eigenen Überlegungen. Und manchmal muss man auch über Dinge ganz neu nachdenken.

Jochen Schulte, SPD-Fraktion

Ich finde es toll, dass ihr dranbleibt an euren Forderungen und uns Politiker in die Pflicht nehmt!

Sylvia Bretschneider, Präsidentin des Landtages



v.l. Ulrike Berger, B'90/DIE GRÜNEN, Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE, Johann-Georg Jaeger, B'90/DIE GRÜNEN, Martina Tegtmeier, SPD, Jochen Schulte, SPD, Wolfgang Waldmüller, CDU,

Fotos: Landesjugendring und Jens Bartsch, Landtag



der Einbeziehung Jugendlicher in seine Entscheidungen nehme, beweise auch die hohe Zahl von Abgeordneten aller vier demokratischen Fraktionen, die sich für die Teilnahme am Projekt „Jugend hakt nach“ angemeldet hätten, betonte Bretschneider und wünschte allen interessante, erfolgreiche Diskussionen auf Augenhöhe.

Zunächst prüften die Jugendlichen in vier Arbeitsgruppen zu den Themenfeldern Bildung, Arbeit/Ausbildung, Umwelt und Freizeit die einstigen Forderungen und legten fest, welche ihnen besonders wichtig sind und erneut mit den

Abgeordneten diskutiert werden sollen. Eine fünfte Gruppe setzte sich mit Fragen und Ideen rund um das Themenfeld politische Bildung und direkte Demokratie auseinander. Die Diskussionen mit den Landtagsabgeordneten erfolgten in zwei Arbeitsschritten: In einem sogenannten Entscheidungskreis wurden alle Vorschläge auf fünf Kriterien hin überprüft: Ist diese Idee gut für Jugendliche? Ist das erlaubt? Betrifft diese Idee Landespolitik? Finden wir ausreichend Verbündete? Haben wir dafür genug Geld? Nur wenn Jugendliche und Abgeordnete einstimmig alle Fragen mit Ja beantworteten, blieb der Vorschlag auf der Agenda.



v.l. Silke Gajek, B'90/DIE GRÜNEN, Ralf Mucha, SPD, Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE, Marc Reinhardt, CDU, Johannes Saalfeld, B'90/DIE GRÜNEN, Simone Oldenburg, DIE LINKE



Fotos: Landesjugendring und Jens Bartsch, Landtag



In einem zweiten Schritt wurden gemeinsam Ideen zur Umsetzung zusammengetragen. Dabei trafen die Jugendlichen und die Abgeordneten eine Reihe von konkreten Absprachen: sie verabredeten ein parlamentarisches Partnerschaftsprogramm, bei dem Landtagsabgeordnete den Jugendaustausch mit Nachbarländern unterstützen; Bildungspolitiker sagten zu, den Vorschlag der Jugendlichen, die Verkürzung der maximalen Fahrzeit zur Schule von 60 auf 40 Minuten gesetzlich festzuschreiben, in die parlamentarische Diskussion zu bringen; mit einem gemeinsamen Mail-Verteiler wollen sich Jugend-

liche und Parlamentarier gegenseitig auf dem Laufenden halten; zur Absenkung des Wahlalters für Landtagswahlen auf 16 wollen die Jugendlichen eine repräsentative Bedarfsabfrage im Land durchführen als Grundlage für eine weitere parlamentarische Beschäftigung mit dem Thema. Die Teilnehmer der Arbeitsgruppe Arbeit/Ausbildung werden schon in wenigen Wochen wieder in den Landtag kommen: mit einer Einladung zur 1. Lesung des Vergabegesetzes in der Tasche.
Also – Jugend hakt nach geht weiter!
www.jugend.inmv.de

NPD-Fraktion scheidet mit Verfassungsklage

Landesverfassungsgericht bestätigt Raumvergabe im Schloss

Das Landesverfassungsgericht hat am 27. Oktober 2011 zwei gegen Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider gerichtete Anträge der NPD-Fraktion im Zusammenhang mit der Vergabe von Räumen innerhalb des Landtagsgebäudes und einem damit verbundenen Umzug von Teilen der Fraktion zurückgewiesen.

Eine Verletzung von Fraktionsrechten durch die von der Landtagspräsidentin getroffene Entscheidung zur Raumvergabe sei nicht ersichtlich, hieß es zur Begründung. Der Anspruch auf Zuteilung von Räumen in bestimmten Teilen des



Foto: Jens Bartsch

Anfang November wurden in einigen Räumen im 2. Obergeschoss des Schlosses Renovierungsarbeiten durchgeführt. Wände erhielten einen neuen Anstrich, und einige beschädigte Elemente der Wandtäfelung wurden erneuert, um die Räume für die neu in den Landtag eingezogene Fraktion B'90/DIE GRÜNEN vorzubereiten.

Landtagsgebäudes oder auf Räume in bestimmten Etagen bestehe grundsätzlich nicht, so das Gericht in seiner endgültigen und nicht anfechtbaren Entscheidung.

Die Fraktion der NPD hatte in der Angelegenheit das Landesverfassungsgericht nach gescheiterten Anträgen vor dem Verwaltungsgericht Schwerin sowie dem Oberverwaltungsgericht Greifswald angerufen. Infolge der Gerichtsentcheidung wurde der Umzug der NPD-Fraktion Anfang November abgeschlossen. Die Fraktion bezog weitere Räume im 6. Obergeschoss des Schlosses und ist damit nicht länger getrennt in zwei Schlossbereichen untergebracht.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN übernimmt im 2. Obergeschoss Räume, die zuvor von der NPD-Fraktion sowie der Landtagsverwaltung genutzt worden waren.

Bis zur endgültigen Vergabe aller Räume gemäß Raumkonzept sind zum Teil noch umfangreiche Umbauarbeiten, wie zum Beispiel die Verlagerung der Landtagsbibliothek, erforderlich. Das Raumkonzept wird voraussichtlich bis Mitte Dezember dieses Jahres umgesetzt sein.

Die Präsidentin des Landtages hatte am 28. September das Benehmen mit dem Ältestenrat über die Vergabe der Räume an die Fraktionen hergestellt. Zu berücksichtigen waren bei der Raumvergabe die veränderten Fraktionsstärken aller bereits in der vergangenen Wahlperiode im Landtag vertretenen Fraktionen sowie der Einzug einer neuen Fraktion in den Landtag. Zudem stand die Vergabe von möglichst zusammenhängenden Raumbereichen für jede Fraktion im Vordergrund. Darüber hinaus sind in die Entscheidung über die Raumvergabe auch aufgrund statischer Probleme notwendige und unvermeidliche Baumaßnahmen eingeflossen. Im Verlauf des Rechtsstreites hatte die NPD-Fraktion unter anderem immer wieder den Anspruch ihres Fraktionsvorsitzenden auf besonders repräsentative Räume vorgetragen und deshalb den Verbleib in den bisher im zweiten Obergeschoss genutzten Räumen gefordert. Auch wurden als Argumente gegen den Umzug in neue Räume vermeintlich hohe Kosten für den Transport des Schreibtisches des Fraktionsvorsitzenden angeführt, welcher „als Unikat speziell angefertigt“ worden sei und „nicht in einem Stück transportiert“ werden könne. Angeführt wurde ebenfalls, dass dieser Schreibtisch mutmaßlich „für die neuen Räumlichkeiten zu groß sein dürfte, sodass die komplette Neuanfertigung eines Schreibtisches mit Sitzgruppe erforderlich wäre“.

Diesen wie auch allen anderen Argumenten sind die Gerichte nicht gefolgt. Das Landesverfassungsgericht hat unter anderem festgestellt, dass der NPD-Fraktion auf Basis des Raumkonzeptes der Landtagsverwaltung pro Mandat letztlich mehr nutzbarer Raum zur Verfügung stehe als der Fraktion der SPD.

„Nach Auffassung des Landesverfassungsgerichts können Fraktionen keine besonders repräsentativen Räume beanspruchen. Ein solcher Anspruch kann demnach auch nicht damit begründet werden, dass sich ein Abgeordneter oder Fraktionsvorsitzender in seinen bisherigen Räumen besonders historisierend eingerichtet hat“, kommentierte Landtagsdirektor Armin Tebben die Entscheidung des Landesverfassungsgerichts.

Dem Getümmel näher gerückt

Die Bronzestatue von Großherzog Paul Friedrich steht wieder auf dem Alten Garten

Er ist dem Volk ein Stück näher gerückt. Die überlebensgroße Bronzestatue von Großherzog Paul Friedrich (1800 – 1842) steht wieder auf ihrem angestammten Platz an der imposanten Freitreppe vor dem Staatlichen Museum in Schwerin. Unweit des Märchenschlosses, in dessen morgendlichem Schatten Paul Friedrichs Denkmal über Jahrzehnte ein eher unbemerktes Dasein fristete.

Was dem Großherzog wahrscheinlich sogar gefallen hätte, vermutet Dr. Bernd Kasten vom Schweriner Stadtarchiv. Jegliche Art von Personenkult sei dem eher volksnahen Landesvater fremd gewesen. Einerseits. Aber andererseits sei er doch gern genau mittendrin gewesen im Getümmel der Gesellschaft. Nun kann von „Getümmel“ auf dem Alten Garten rund um das Denkmal derzeit keine Rede sein. Das verhindert schon ein großer Bauzaun. Aber schließlich ist die historisch getreue Sanierung des altherwürdigen Platzes ja auch nicht abgeschlossen. Doch die denkmalgeschützten Prachtbauten, die das Areal umsäumen, lassen etwas vom fürstlichen Glanz erahnen, der den Platz einst umgab. Auch dank des Großherzogs.

Ihm sei der erste Theaterneubau in Schwerin zu verdanken, sagt der Historiker. Paul Friedrich sei eher ein städtischer Fürst gewesen. Der zudem seiner schönen jungen Frau Alexandrine – Tochter von Königin Luise und in der Metropole Berlin aufgewachsen – etwas bieten musste. In der damaligen Residenz Ludwigslust ging es eher beschaulich zu. In Schwerin aber lebten die Beamten und mit ihnen gutsituierte Bürger, alles in allem für damalige Verhältnisse beachtliche 15 000 Einwohner. Die ließen sich gern von den regelmäßig auftretenden Schauspieltruppen unterhalten. Paul Friedrich – zudem ein Förderer des talentierten jungen Architekten Georg Adolph Demmler – wollte ein festes Haus für die Künstler. „Das trotzte er dem Regenten, seinem Großvater Friedrich Franz I., regelrecht ab“, erklärt der Archivleiter. „Es war ihm eine Herzensangelegenheit.“ Das von Demmler geschaffene klassizistische Schauspielhaus – 1836 eröffnet – brannte zwar 1882 nieder, aber ein Theater war aus Schwerin nicht mehr wegzudenken. So hat Paul Friedrich heute von seiner alten neuen Position aus den historistischen Bau von Georg Daniel im Blick.

„Im Alten Palais neben dem Theater haben Paul Friedrich und Alexandrine gewohnt“, weist Bernd Kasten auf ein weiteres Gebäude am Alten Garten hin. Und dort, wo heute das Museum steht, sollte das neue Schloss errichtet werden. Paul Friedrich nämlich war es, der 1837 nach mehr als sieben Jahren die Residenz wieder von Ludwigslust nach Schwerin verlegte, als er nach dem Tode des Großvaters den Thron bestieg. Er war es auch, der den Beschluss fasste, ein reprä-



Fotos: Cornelius Kettler

sentatives Schloss zu bauen. Aber eben nicht auf der Insel, wo der Vorgängerbau dem Verfall preisgegeben war, sondern auf dem Alten Garten. „Eines der wenigen Bauprojekte, die Nachfolger Friedrich Franz II. nicht so vollendete, wie es der Vater geplant hatte“, sagt der Stadtarchivar. Der Sohn ließ bekanntlich später das heutige „Märchenschloss“ auf der Insel errichten. Aber Paul Friedrich hinterließ eigene steinerne Spuren in der Stadt. Arsenal, Marstall und die Bebauung um den Pfaffenteich schob er an. Die Paulsstadt, das Wohnviertel hinter dem Arsenal, trägt seinen Namen. Wie auch der Paulsdamm, die Verbindung zwischen Stadt und Ostufer des Schweriner Sees. „Verkehrspolitisch gesehen war Paul Friedrich ein Visionär“, betont Bernd Kasten. Er habe früh erkannt, wie wichtig eine gute Infrastruktur für sein Großherzogtum ist. Als die Eisenbahnstrecke Hamburg-Berlin geplant wurde, machte er seinen Einfluss beim königlichen Schwager in Berlin geltend. So führte die Strecke dann wenigstens über Ludwigslust. „Sonst hätte die Eisenbahn um Mecklenburg-Schwerin einen Bogen gemacht“, sagt Bernd Kasten. Die Fertigstellung der Strecke hat der Großherzog indes nicht mehr erlebt. Er starb im März 1842 überraschend an einer Unterleibsentszündung. Die hatte er sich wohl zugezogen, als er beim Löschen half. Drei neue Häuser am Pfaffenteich waren in Flammen aufgegangen. „Das ganze Land trauerte um den seltenen menschenfreundlichen Fürsten“, schrieb Baumeister Demmler später in seinen Memoiren. Gleich nach dem Ableben des Großherzogs begann die „Bürgerschaft“ Geld zu sammeln, um dem „Heimgangenen ein Denkmal der Liebe und Dankbarkeit“ zu setzen. Der Berliner Bildhauer Christian Daniel Rauch schuf die Statue – gänzlich aus Spenden finanziert. 1849 wurde sie auf dem Alten Garten aufgestellt – vor dem Fundament, auf dem sich heute das Museum erhebt. 1935 folgte dann der unfreiwillige Umzug auf die Schlossinsel. Die Statue hatte die Nationalsozialisten gestört, die Platz für Aufmärsche und für die Rednertribüne der NS-Gauleitung brauchten.

Die in Angriff genommene Restaurierung des Alten Gartens ließ Paul Friedrich nun wieder auf seinen einstigen Lieblingsplatz zurückkehren.



(Adressfeld für Abonnenten)

Die erste Vizepräsidentin des Landtages, Beate Schlupp, hat am 27. Oktober den schwedischen Botschafter, S. E. Steffan Carlsson, im Landtag empfangen. Themen des etwa halbstündigen Gesprächs waren unter anderem die Landtagswahl vom 4. September 2011 sowie die europäische Finanzpolitik. Der Botschafter betonte außerdem Ähnlichkeiten der Entwicklung beider Länder: So habe es vor 50 Jahren in Schweden im Zuge einer Gebietsreform ähnliche Ängste und Diskussionen wie im Vorfeld der am 4. September in Kraft getretenen Kreisstrukturreform in Mecklenburg-Vorpommern gegeben.



Zum Glück nur eine Übung: Am 27. Oktober rückte die Schweriner Berufsfeuerwehr mit schwerem Gerät in den Schlosshof ein. Bei mehreren Einsätzen sowohl im Innenhof als auch am Burgseeflügel wurden die Rettungsmöglichkeiten ausgelotet und Mitglieder der Feuerwehr in der Benutzung des Hubrettungsfahrzeugs geschult. Die Gelegenheit zu spektakulären Aufnahmen ließ sich auch das Fernsehen nicht entgehen: Ein Kameramann war bei einem der Einsätze hautnah dabei und begleitete die Feuerwehrmänner sogar im Korb der Drehleiter.



Ein ungewohntes Bild: Um die Topf- und Kübelpflanzen des Burggartens vor Schnee und Frost zu schützen, lagert sie Schlossgärtner Ralph Schmalz in der Orangerie des Schlosses ein – ganz wie vor 150 Jahren. Aber auch andernorts sorgt der Herbst für Arbeit – die im Garten anfallenden Laubmassen müssen von Wegen und Rasenflächen geräumt werden.